

Cannabis

Darum kämpfen Schweizer Städte für die Legalisierung

«Wer schon am Morgen kifft, hat ein Problem»

Der Soziologe Sandro Cattacin kämpft für ein Pilotprojekt zur legalen Abgabe von Cannabis. Auch schwer therapierbare Minderjährige sollen teilnehmen

VON LORENZ HONEGGER

Herr Cattacin, beginnen wir mit einer persönlichen Frage: Haben Sie schon einmal gekifft?

Sandro Cattacin: Diese Frage wurde mir schon lange nicht mehr gestellt. Ja, ich habe auch schon gekifft, das letzte Mal vor etwa zwei Jahren bei einem Freund nach einem Nachtessen. Er hat mich gefragt, ob ich auch einen Zug möchte, und ich habe ganz mutig Ja gesagt. Das war das erste Mal seit langem. Die Wirkung war so stark, dass ich nach einem Zug wieder aufgehört habe.

Und in Ihrer Jugend?

Am Gymnasium in Zürich rauchten wir sogar in der Pause, um die Lehrer zu provozieren. Für uns war das im bürgerlichen Zürich Ende der Siebzigerjahre eine Form des Protests.

Wie würden Sie jemandem die Wirkung von Cannabis beschreiben, der noch nie gekifft hat?

Die Substanzen können mehr oder weniger stark und schnell wirken. Beim Grasrauchen gelangt der Wirkstoff THC über die Atemwege ins Blut und von dort ins Gehirn. Das erste Gefühl, das man empfindet, ist ein Gefühl des Wohlbefindens und der Ruhe. Die Wirkung hält einige Stunden an.

Das klingt ja geradezu idyllisch.

Ja, aber man muss sagen, aus medizinischer Sicht löst THC wie alle anderen Drogen, auch Alkohol, über einen begrenzten Zeitraum Psychosen aus, die für das erwähnte Wohlbefühl verantwortlich sind. Nach dem Konsum ist man nicht mehr die gleiche Person. Es gibt junge Männer, die Frauen erst ansprechen können, wenn sie ein Glas Wein getrunken haben. Darum muss man den Konsumenten sagen: Passt auf: Ihr spielt mit eurem Gehirn! Konsumiert so wenig wie möglich oder überhaupt nicht. Es geht einem besser, wenn man sich ohne Drogen motivieren kann ...

... und doch plädieren Sie dafür, Cannabis legal abzugeben. Warum das?

Die Initiative stammt nicht von mir selber. Eine überparteiliche Gruppe von Genfer Politikern, die sich mit der Sicherheit in der Stadt befasste, engagierte mich Jahr 2013 als Berater. Die Gruppe identifizierte den Drogenhandel als grösstes Sicherheitsproblem. Die Mitglieder einigten sich darauf, dass es einen Versuch wert wäre, Cannabis in einem regulierten Rahmen legal abzugeben.

Seither ist Idee von Cannabis-Klubs in aller Munde. Was muss man sich darunter vorstellen?

Die überparteiliche Gruppe hat das Wort Klubs nie erwähnt. Wir sprachen immer von Vereinen, einem Mittelweg zwischen einer staatlichen und einer privatwirtschaftlichen Lösung. Die Idee besteht darin, dass die Vereine eine Lizenz erhalten, um Cannabis zu produzieren und abzugeben. Die Mitglieder zahlen einen monatlichen Beitrag, mit dem der Konsum finanziert wird. Nehmen wir an, ein Mitglied verbraucht fünf Gramm Cannabis pro Woche, dann zahlt es 200 Franken monatlich. Die maximal abgegebene Menge pro Person ist nach oben beschränkt, zum Beispiel auf 40 Gramm pro Monat.

ZUR PERSON



Sandro Cattacin ist Professor für Soziologie an der Universität Genf. Er gilt als Kopf hinter einem Pilot-Projekt zur legalen Cannabis-Abgabe, das 2013 in der Rhonestadt seinen Anfang nahm. Mittlerweile planen neben Genf auch Bern, Basel und Zürich die Einführung von Cannabis-Vereinen. Zwingende Voraussetzung dafür ist eine Ausnahmebewilligung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Nachdem sich der Bund zu Beginn noch skeptisch zeigte, signalisierte Gesundheitsminister Alain Berset der Legalisierungsbefürworterin und alt Bundesrätin Ruth Dreifuss Ende 2015 in einem informellen Gespräch seine Unterstützung. Ob das BAG tatsächlich grünes Licht gibt für das Projekt, ist aber noch offen. Entscheidend wird die juristische Beurteilung des Gesuchs sein.

Wie viele Joints wären das?

Etwa einer pro Tag, da befinden wir uns aber bereits an einer kritischen Grenze. Wer schon am Morgen Joints raucht, hat ein Problem. Das sollte auf keinen Fall gefördert werden.

Noch dieses Jahr werden mehrere Schweizer Städte beim Bundesamt für Gesundheit eine Ausnahmebewilligung für ein Pilotprojekt mit Cannabis-Vereinen beantragen. Wann wird es so weit sein?

Vermutlich im Spätherbst, sobald alle politischen und technischen Fragen geklärt sind.

Wann rechnen Sie mit einer Antwort vom Bundesamt für Gesundheit?

Relativ schnell, innerhalb von ein paar Wochen. Die zentrale Frage wird sein, ob wir es schaffen, unser Gesuch innerhalb des gesetzlichen Rahmens zu formulieren.

Wer wird an der Studie teilnehmen können?

Die Studie fokussiert auf die öffentliche Gesundheit. Die vielleicht wichtigste Gruppe sind deshalb jugendliche, schwer therapierbare Problemkonsumenten. Dort muss etwas geschehen. In Genf und Zürich schätzen wir die Anzahl solcher Jugendlicher auf 200. Ein 16-Jähriger, der abstürzt, wird vermutlich sein Leben lang ein Problem sein für die Gesellschaft. Abstürzen heisst, dass er keine Lehre oder Schule besucht, die Familie verlässt, keinen Job findet - und später ein Sozialfall werden könnte.

Und da hilft es, wenn man den Jugendlichen den Zugang zu den Drogen erleichtert?

Ja, nur so kommen wir wieder an sie heran. Wir sagen ihnen: Du erhältst das Produkt, Rauch ruhig weiter, aber nimm wieder Kontakt zu den Eltern auf, sprich mit dem Lehrmeister, deiner Schule. In einem zweiten Schritt wollen wir ihren Konsum stabilisieren und irgendwann so weit wie möglich reduzieren. Das ist ähnlich wie bei Heroinabhängigen. Wenn wir dieses Konzept landesweit einführen könnten, würde unsere Gesellschaft Geld sparen und den Problemkonsumenten würde es besser gehen.

Werden auch Erwachsene am Pilotprojekt teilnehmen?

Ja, wobei man sagen muss: Erwachsene Problemkonsumenten über 25 Jahre sind sehr selten. Bei den normalen Freizeitkonsumenten wollen wir vor allem der Frage nachgehen, ob die Mitglieder vernünftiger konsumieren, wenn sie in ein soziales Umfeld eingebettet sind. Die vierte und sehr wichtige Teilnehmergruppe sind Personen, die nicht abhängig sind, aber an gesundheitlichen Problemen leiden. Schon heute gibt es in der Schweiz drei Vereine, die kranken Menschen Cannabis abgeben. Sie operieren illegal, sind aber mehr oder weniger toleriert.

Wie gross wären die geplanten Vereine in den Städten?

Je nach Art der Teilnehmer denken wir an 50 bis 300 Mitglieder.

Ist es nicht sonderbar, wenn eine kleine Gruppe legal kiffen darf, während der grosse Rest weiterhin gebüsst und verzeigt wird?

Es gibt viele Probleme dieser Art, die wir angehen müssen. Hier wird vor allem die Kommunikationsstrategie entscheidend sein. Falls die Pilotprojekte starten, bin ich dafür, dass wir offensiv kommunizieren und jeden Monat an die Öffentlichkeit gelangen. Wir müssen betonen, dass es sich um ein Experiment handelt.

Wie entscheiden Sie, wer mitmachen darf?

Es gibt die Idee einer Lotterie, ich weiss aber nicht, ob das bei der Ethikkommission durchkommt. Es muss ein klares und faires Verfahren sein. Man darf nicht vergessen: Es handelt sich um ein wissenschaftliches Projekt. Die Teilnehmer müssen zahlreiche, teilweise unangenehme Auflagen erfüllen. Sie müssen sich registrieren lassen, einen psychologischen Test durchlaufen, unterschreiben, dass sie innerhalb von zwei Tagen des Konsums nicht Auto fahren. Vielleicht werden wir am Ende sogar Schwierigkeiten haben, genügend Leute zu finden.

Sie müssen auch die Polizei in den betroffenen Städten für sich gewinnen.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Polizei vor allem klare und durchsetzbare Regeln möchte. Das ist aktuell nicht der Fall: Das System mit den Ordnungsbussen wird von Kanton zu Kanton unterschiedlich gehandhabt. Die Chance, im Kanton Jura eine Busse zu bekommen, ist viel grösser als in der Stadt Bern. Wir müssen deshalb sehr präzise Antworten auf praktische Fragen haben. Zum Beispiel: Was passiert, wenn ein Studienteilnehmer auf der Strasse mit einem Joint erwischt wird? Die Antwort ist klar: Im öffentlichen Raum darf kein Gras geraucht werden, egal, woher der Stoff kommt. Der Betroffene bekommt eine Busse.

Was geschieht, wenn bei einem Teilnehmer Gras gefunden wird?

Er kann sich als Projektteilnehmer ausweisen. Es muss aber erkennbar sein, dass das Cannabis aus der Studie stammt. Man könnte es auch versiegeln. So weit sind wir aber noch nicht.

Gesundheitsminister Alain Berset ist dem Projekt dem Vernehmen nach wohlgesinnt.

Ja, ich denke, er ist auch der Meinung, dass in diesem Bereich etwas geschehen muss.

Wie beurteilen Sie die Positionen der politischen Parteien?

Das Bild ist komplex: In der SP zum Beispiel tendiert eine Mehrheit Richtung Regulierung, wobei die Westschweizer Sozialdemokraten gegenüber Cannabis skeptischer eingestellt sind als ihre Deutschschweizer Kollegen.

Weshalb?

Das liegt am Einfluss von Frankreich, wo der Diskurs über Drogen sehr prohibitionistisch geführt wird. Aber nur eine Partei stellt sich gegen jegliche Form der regulierten Abgabe: die SVP. Und selbst dort gibt es Politiker, die ein bisschen selbstständig denken. Bei FDP und CVP stelle ich eine gewisse Skepsis fest, aber keinen Widerwillen. Grundsätzlich ist es überraschend, wie vernünftig die Leute zurzeit über das Thema nachdenken. Ich denke, wir haben ideale Bedingungen für einen Pilotversuch im nächsten Jahr.



Ein junger Kiffer zieht an einem Joint in einem

Schweizer

Harry J. Anslinger war der Chef des Federal Bureau of Narcotics (FBN) und tat alles, um den Hanfkonsum zu kriminalisieren.

VON CHRISTOPH BOPP

Einer der eifrigsten Eiferer gegen den Hanf war der «Schweizer» Harry J. Anslinger (1892-1975). Sein Vater war 1881 in die USA ausgewandert, weil er offenbar in der Schweiz keinen Militärdienst leisten wollte. «Secondo» Anslinger jr. machte in den USA Karriere, indem er die Nichte des Multimilliardärs Andrew Mellon heiratete. Sein Schwiegeronkel wurde dann 1930 Finanzminister der USA und holte Anslinger in seine Behörde. Zuerst sollte er mithelfen, die Prohibition durchzusetzen. Dann wurde er Chef des «Federal Bureau of Narcotics» (FBN), das Mellon in seinem Finanzdepartement gegründet hatte.

1933 wurde die Prohibition in den USA wieder aufgehoben, aber Anslinger hatte längst einen neuen Feind entdeckt: den Hanf. Verschiedene Quellen geben an, dass Anslinger sich selbst in einem erbitterten Konkurrenzkampf sah mit J. Edgar Hoovers FBI. Dieses Büro war eigentlich für die Drogen und die damit verbundene Kriminalität zuständig. Unter Drogen verstand man vor allem Opiate wie Opium, aber auch

Fällt IV für junge Rentner ganz weg?

Reform Um eine Abhängigkeit vom Sozialstaat zu verhindern, will der Bundesrat die Integration von Behinderten in den Arbeitsmarkt fördern. Nun schlagen Experten noch radikalere Massnahmen vor.

VON ANNA WANNER

Die Invalidenversicherung (IV) verzeichnet seit den letzten beiden Reformen deutlich weniger Neurentner. Menschen mit Behinderung können nicht nur länger im Arbeitsmarkt gehalten, sondern immer häufiger auch neu integriert werden. Nur bei jungen Erwachsenen scheint die Integration überhaupt nicht zu klappen. Im Gegenteil. Bei 18- bis 29-Jährigen nehmen die Neurentner seit Jahren zu: Jede siebte Person, die neu IV bezieht, ist jünger als 24. Zwei Drittel von den jungen Rentnern leiden an einer psychischen Störung.

Der Bundesrat hat den Handlungsbedarf erkannt und schlägt in seiner aktuellen IV-Reform Massnahmen vor, um Schul-, Lehr oder Arbeitsabbrüche von jungen Erwachsenen besser zu verhindern. Ziel ist es, sie möglichst im Arbeitsmarkt zu halten. Eine neue Studie zeigt nun aber, dass diese Bemühungen wohl nicht ausreichen.

Keine Rente für unter 30-Jährige

Die Studie, die im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherung (BSV) durchgeführt wurde, kommt nämlich zum Schluss, dass bei vielen jungen Erwachsenen kaum Anstrengungen gemacht wurden, um eine lebenslange IV-Rente abzuwenden. Studienleiter Niklas Baer führt gegenüber der «NZZ» aus: «Unter 30 Jahren sollte niemand eine IV-Rente erhalten.» Das erhöhte Eintrittsalter der IV zwingt alle Beteiligten - von den Ärzten über IV-Stellen bis zu den beruflichen Einrichtungen - zu einer besseren Kooperation. Und es zwingt sie vor allem «zum Dranbleiben», sagt der Psychologe.

Die Idee findet beim BSV Anklang. Stefan Ritler, Leiter des Geschäftsfeldes IV, schreibt in der Würdigung der Studie: Die Frage nach dem Sinn einer Be-

rentnung von unter 25- oder 30-Jährigen werde «zu Recht» aufgeworfen. Bei jungen Personen könne eine Rente «kontraproduktiv und krankheitsfestigend» wirken. Das widerspreche dem Ziel, ein gesundes und selbstständiges Leben trotz Behinderung führen zu können.

Die Ausnahme

Offenbar lieferte die Studie dem BSV wichtige Erkenntnisse. Corinne Zbären-Lutz, stellvertretende Leiterin des Geschäftsfeldes IV, sagt auf Anfrage, die Deutlichkeit der Ergebnisse hätten sie überrascht. «Bis anhin dachten wir, es sei schwer zu erklären, wieso die Integration junger Erwachsener mit psychischen Leiden nicht gleichermassen funktioniert wie bei anderen IV-Versicherten.» Nun habe sich herausgestellt, dass es die Jugendlichen selbst sind, die aufgeben und eine Ausbildung oder ein Arbeitsverhältnis abbrechen. Wichtig sei es, nicht gleich aufzugeben. «Bevor jemand eine Rente erhält, muss mehr investiert werden, in Arbeit, in Ausbildung, in Heilbehandlungen, in Betreuung und Begleitung.»

Mit diesen Forderungen rennt das BSV offene Türen ein. Der Arbeitgeberverband habe intern ein Modell zur Diskussion gestellt, das den Erkenntnissen der Studie entspreche, sagt Geschäftsleitungsmitglied Martin Kaiser. «Wir wollen das Prinzip umkehren: Die Berentung von unter 30-Jährigen muss die Ausnahme sein - etwa für Personen mit schweren Geburtsgebrechen.»

Einfluss auf die Gesetzgebung

Die Ausnahmeregelung für Personen, die keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, könnte noch zu Diskussionen führen. Eine Abgrenzung dürfte schwierig sein. Unumstritten scheint hingegen die neue Marschrichtung. Auch Behindertenorganisationen sind einverstanden damit. «Wo immer möglich sollten Integrationsbemühung einer Rente vorgehen», sagt Franziska Stocker von Procap.

Die Vernehmlassung ist zwar noch nicht abgeschlossen. Doch der Bundesrat muss angesichts der Forderungen der Verbände bei der IV-Reform wohl nochmals über die Bücher und die IV-Renten für junge Erwachsene zur Ausnahme erklären.